

Grenzwischenfall

Vier Aufklärungsoffiziere der pakistanischen Armee und ihr Fahrer werden nach einer Mission an der pakistanisch-afghanischen Grenze vermißt. Dies berichtete das iranische *Radio Meshbed* am 25. April. Sie seien in der Region Khost von Taliban verschleppt worden, hieß es. Die pakistanischen Behörden reagierten mit einem Protestbrief an die Adresse der Taliban-Regierung. Die Taliban hätten erklärt, sie wüßten nichts von dem Vorfall.

Lubbers mit umstrittener Initiative

Ruud Lubbers, zwölf Jahre lang Premierminister der Niederlande und seit dem 1. Januar neuer UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, hat mit seiner geplanten neuen Initiative für Afghanistan auch innerhalb seiner Organisation für Unruhe gesorgt. Er hatte erklärt, er wolle Pakistans Regierung überzeugen, mehr Platz für afghanische Flüchtlingsla-

ger bereitzustellen - und als Gegenleistung für wenigstens eine teilweise Repatriierung von Flüchtlingen. „Man sollte die Möglichkeit nicht ausschließen, daß das Regime verstehen wird, daß es sich um seine Bürger kümmern muß“, sagte er in einem UN-Magazin. Währenddessen wird bei UNHCR Pakistan und Afghanistan gerade diskutiert, ob man die Rückführung von Flüchtlingen in die Taliban-Gebiete ganz einstellen sollte.

Wieder Kontakte USA-Taliban

Den Besuch dreier US-Diplomaten im westafghanischen Herat hat die pakistanische Wochenzeitung *Friday Times* in ihrer Ausgabe vom 20. April als möglichen Beginn einer neuen US-Hintertürdiplomatie bezeichnet. Ein Taliban-Diplomat lobte den Besuch gegenüber der Zeitung als „positive Entwicklung“, die zu einem konstruktiveren Engagement mit der Bewegung führen könne. Die beiden Beamten aus Washington und einer aus der US-Botschaft in Isla-

mabad waren Teil einer Bewertungsmision für die Lage von Binnenflüchtlingen (IDPs) in Herat und anderen afghanischen Gebieten. US-Quellen versuchten, den Besuch - den ersten seit den US-Raketenangriffen auf Afghanistan nach zwei mutmaßlich von Osama bin Laden inspirierten Terrorakten gegen US-Botschaften in Ostafrika 1998 - herunterzuspielen. Zudem hatte der scheidende US-Botschafter in Islamabad, William Milam, auch in der Zwischenzeit regelmäßig Gespräche mit Taliban-Vertretern geführt. Seither hatten die USA und Großbritannien eine Reisesperre nach Afghanistan für alle ihre Bürger verhängt. London hatte diese vor wenigen Wochen aufgehoben. Britische Diplomaten reisten erstmals wieder Ende April im Rahmen einer Mission des UN-Drogenkontrollprogramms nach Afghanistan.

Der Tod der Buddhas

Genese und Hintergründe der Zerstörung „unislamischer“ Statuen durch die Taliban

Jan Heller, Kabul

„Nur Allah der Allmächtige verdient es, angebetet zu werden, niemand und nichts anderes“ - und zwar ein für alle Mal. Deshalb müssen alle Statuen lebendiger Wesen in Afghanistan zerstört werden, denn sie seien „Schreine der Ungläubigen geblieben“ und würden von diesen weiterhin „angebetet“.

So bestimmt es eine *Fatwa* des Taliban-Staates „Islamisches Emirat Afghanistan“ vom 26. Februar dieses Jahres, die in ihrem eigentlichen Wortlaut unbekannt blieb und nur in einer kommentierten, von den Taliban-Medien verbreiteten Version veröffentlicht wurde (siehe Kasten). Ihr bekanntestes Resultat: die Sprengung zweier wohl aus dem 3. bzw. 5. Jahrhundert stammender monumentaler Buddha-Figuren im Tal von Bamian etwa zwei Wochen nach Bekanntgabe der . Sie stellten dem Wiener Professor und Afghanistan-

Kenner Max Klimburg zufolge den Buddha Dipankara, den Buddha des vorangegangenen Weltenalters, und den historischen Buddha Shakyamuni dar und übertrafen mit 55 und 38 Metern Höhe „alle weltweit bekannten menschlichen Darstellungen“, wie die *Süddeutsche Zeitung* in einem Nachruf formulierte. Ein iranischer Reisender im 11. Jahrhundert sprach vom *Surkh But* (Roter Buddha) und vom *Khing But* (Mondweißer Buddha). Noch Jahrhunderte später galten sie in der Region als eines der Weltwunder - auch wenn der

Economist am 8. März über die „zwei Steinstatuen“ feststellen zu müssen glaubte, daß „lassen sie uns ehrlich sein - fast niemand bis vor zehn Tagen jemals davon gehört hatte“. Mit mehreren Tonnen Sprengstoff verwandelten Taliban beide unter „Allah ist groß“-Rufen in einen Haufen Geröll und Staub. Fernsehbilder, am 19. März verbreitet durch Bilder des qatarischen Privatfernsehsenders *al-Jazeera*, bestätigten das. Die Entscheidung über die Zerstörung fiel, glaubt man der offiziellen Taliban-Version, nach Konsultationen zwischen den reli-

giösen Führern des Emirats, religiösen Einschätzungen der Islam-Gelehrten (*Ulema* und *Rohaniyun*) und auf der Grundlage von Urteilen des Obersten Gerichts des Landes. Bemerkenswert ist, daß die *Fatwa* - entgegen der sonstigen Praxis - nicht direkt Taliban-Führer Mulla Muhammad Omar zugeschrieben wurde. Erst nach deren Erlaß habe der seit 1996 mit dem Titel *Amir-ul-Momenin* (Anführer der Gläubigen) Bezeichnete die Ministerien „für die Förderung der Tugend und zur Bekämpfung des Lasters“ (*Amr bi-l-Ma'ruf wa Nahi ani-l-Munkar*, die so genannte Religionspolizei) sowie für Information und Kultur beauftragt, alle Statuen zu zerschlagen.

Internationale Proteste ohne Erfolg

Während die Fernsehbilder keinen Zweifel daran lassen, daß die Buddhas von Bamian sowie der liegende Buddha von Tepe-ye Sardar bei Ghazni tatsächlich den Dynamitstangen und Spitzhacken der afghanischen Bilderstürmer zum Opfer gefallen sind, ist es alles andere als sicher, ob auch die übrigen Statuen - darunter aus den Museen von Kabul, Ghazni und Herat sowie aus dem schon durch Mujaheddin-Übergriffe in den 80er Jahren arg in Mitleidenschaft gezogenen Freiluftmuseums von Hadda bei Jalalabad - tatsächlich zerstört worden sind. Allein das Kabuler Nationalmuseum besaß 60 bis 70 hinduistische, buddhistische und hellenistische Statuen. Ausländischen Journalisten, für die das Haus am 22. März für eine Stunde geöffnet wurde, sagte man, daß all diese Statuen zerschlagen worden seien. Doch bei der Besichtigung fand man nur Scherben von Tongefäßen und kopflose Vogelfiguren. Beobachter bezweifeln, daß die Taliban alle Statuen in so kleine Stücke zerschlagen haben könnten, daß Reste davon nicht mehr erkennbar sind. Einige Buddha-Statuen in dem Museum wie die ebenfalls verschwundene kopflose Figur des Kuschan-Königs Kanischka - eine der absoluten Attraktionen des Museums - bestanden aus so hartem Material, daß Zweifel angebracht sind. Immerhin scheint sich die Inschrift von Surkh Kotal, das älteste Schriftzeugnis zur afghanischen Geschichte, noch in der Vorhalle des nun versperrten und versiegelten Museums zu befinden. Ein Blick durch einen Türspalt vor wenigen Wochen ließ dort eine gelbliche Steintafel erkennen. Die Ankündigung der Zerstörung verur-

sachte eine weltweite Protestwelle. Sie reichte von UN-Generalsekretär Kofi Annan, der am 27. Februar in einer Presseerklärung „alarmiert“ reagierte und während eines Pakistan-Besuchs Anfang März persönlich gegenüber dem gastgebenden Militärherrscher General Pervez Musharraf und Taliban-Außenminister Wakil Ahmad Mutawakkil intervenierte, über Regierungen und Organisationen aus Ländern mit buddhistischen Bevölkerungsgruppen wie Thailand, Sri Lanka, Vietnam, Südkorea und Japan bis hin zu einflußreichen muslimischen Geistlichen. Die UNESCO beschwor die Taliban in einer eiligen Stellungnahme, das „kulturelle Erbe Afghanistans“ zu bewahren. Dies interpretierten führende Taliban später als Beweis dafür, daß die Buddhas und Statuen Afghanistan gehören und sie deshalb damit nach Belieben verfahren könnten. Schließlich blieben auch pakistanische Versuche wie die von Innenminister Moinuddin Haider, die Taliban von der Zerstörung der Kunstwerke abzuhalten, erfolglos. Afghanische Intellektuelle im Ausland meldeten sich verzweifelt und empört zu Wort. Zmar Tarzi, in den 70er Jahren Chefarchäologe Afghanistans, meldete sich aus Paris und sprach von einem „inakzeptablen Beschluß“. Das Zitat eines anderen prominenten Exilafghanen, der die Sprengung der Buddhas als „Barbarei“ bezeichnete, führte sogar zur Ausweisung der Kabuler BBC-Korrespondentin Kate Clark, der einzigen ständig in der afghanischen Hauptstadt ansässigen Journalistin, durch die Taliban. Der frühere afghanische König Muhammad Zahir Shah verurteilte aus Rom in einer seiner seltenen Presseerklärungen die *Fatwa* als „gegen die nationalen und historischen Interessen des afghanischen Volkes“ gerichtet.

Ohne nach außen wahrnehmbare Stimme blieben die Afghanen im Land. Während die Taliban herablassend behaupteten, ihre Entscheidung würde lediglich von einigen Intellektuellen oder Künstlern abgelehnt, ergaben Gespräche in Afghanistan ein völlig anderes Bild. Der Verfasser und alle seine Gesprächspartner haben nicht einen Afghanen getroffen, der die Zerstörung befürwortete oder gleichgültig ließ. Allerdings ist unter ihnen eine weitere Zunahme der Mutlosigkeit zu verzeichnen: Die Zerstörung wichtiger historischer Monumente hat für viele die Hoffnung zerstört, die Taliban könnten doch zu politischer Mäßigung bereit sein. Als erste Ausländer be-

fanden sich am Tage des Erlasses der *Fatwa* - ohne daß ihnen dies bewußt war - die Botschafter Italiens und Griechenlands sowie der französische Geschäftsträger für Afghanistan als Gesandte der „Gesellschaft für die Bewahrung des afghanischen Kulturerbes“ (SPACH) in Kabul. Sie wollten Gerüchten nachgehen, daß im Nationalmuseum von Kabul bereits vor der *Fatwa* die dortigen Statuen zerstört worden seien. Taliban-Außenminister Mutawakkil versicherte ihnen, dies entbehre jeder Grundlage. Bei ihrer Landung in Islamabad erfuhren sie von der *Fatwa*. Ein Delegationsmitglied bezeichnete den Erlaß als „unglaublich und empörend“.

Ähnlich düpiert wurde der UN-Sondergesandte für Afghanistan, Francesc Vendrell. Als er wenige Tage später, am 2. März, versuchte, Mutawakkil zu überreden, bei Mulla Omar zu intervenieren und wenigstens einen Aufschub bei der Vollstreckung der *Fatwa* zu erwirken, hielt Informations- und Kulturminister Qudratuddin Jamal ein paar Häuser weiter eine Pressekonferenz ab, auf der er mitteilte, die Zerstörung habe bereits begonnen. Vendrell hatte auch den Vorschlag des New Yorker *Metropolitan Museum of Art* in einem persönlichen Brief Kofi Annans an Pakistans Militärherrscher General Pervez Musharraf überbracht, auf eigene Kosten alle Statuen abzutransportieren, zeitweilig zu übernehmen und auszustellen. Die Buddhas in Bamian sollten durch Mauern oder Folien verdeckt, aber erhalten werden. Schließlich lief auch die Delegation hochrangiger muslimischer Geistlicher, die auf Initiative des Emirs von Qatar und derzeitigen OIC-Vorsitzenden nach Kandahar entsandt wurde und zu der der Obermufti Ägyptens und Scheich der *al-Azhar*-Universität, Dr Nasr Farid Wasil, gehört, ins Leere. Wasil äußerte sich später in der in London erscheinenden, einflußreichen arabischen Zeitung *al-Sharq al-Awsat* dezidiert kritisch gegenüber dem mangelhaften Islamverständnis der Taliban. Er erklärte dort: „Die Zerstörung von Statuen, die anstelle Gottes angebetet werden und den monotheistischen Glauben der Muslime beeinträchtigen könnten, wird von der *Sharia* vorgeschrieben. Das war jedoch bei den Buddha-Statuen in Afghanistan nicht der Fall. Deshalb sei die *Fatwa*, sie zu zerstören, ungültig. „Dieses Thema ist ein kulturelles Thema. Wir haben bemerkt, daß ihr Wissen über Religion und

Rechtsprechung mangelhaft ist, denn sie haben keine Kenntnis der arabischen Sprache, Linguistik und Literatur und haben daher nicht den wahren Islam aufgenommen, zusätzlich zu der Tatsache, daß die Blockade, die über ihr Land verhängt wurde, sie in Isolation von der Welt und besonders von der islamischen Welt leben läßt“, so der Gelehrte weiter.

Doch alle Proteste verebten angesichts der Halsstarrigkeit der Taliban wirkungslos. Nach tagelangem Hin-und-Her, wobei ein Dementi die Bestätigung der Zerstörung jagte, meldeten die Taliban aus Bamian: Die Buddhas existieren nicht mehr. SPACH schloß aus Protest sein Büro in Kabul und stellte seine Projekte im Land ein. Pläne, die Bamian-Buddhas, ob in Originalgröße oder verkleinert, in Sri Lanka oder China nachzubauen, zeigen nur die Ohnmacht des Auslands und können den Verlust nicht wettmachen. Warum die Zerstörung 20 Tage dauerte, ist nicht klar. Einerseits hieß es, die Taliban hätten erst vergeblich mit Panzern und Granaten versucht, die Statuen zu zerschleßen. Erst dann habe man tonnenweise wirkungsvolleren Sprengstoff herbeigeschafft. Andererseits hieß es, örtliche Taliban-Einheiten hätten sich eine Woche lang geweigert, den Zerstörungsbefehl auszuführen. Die Taliban-Hardliner hätten erst Pakistani und Kashmiri heranzuführen müssen. Glaubt man allen Gerüchten, die in Afghanistan kursierten, bleibt kaum ein Talib übrig, der den Erlaß unterstützt habe - die Liste reicht vom berüchtigten Geheimdienstchef Qari Ahmadullah bis zum Taliban-Führer Mulla Omar persönlich. Er habe sich nur dem Druck der Islam-Gelehrten gebeugt. Verifizieren läßt sich das kaum, da sich alle offiziell auftretenden Taliban einschließlich der sogenannten Gemäßigten auf die „Parteilinie“ einschwenken ließen und gebetsmühlenhaft alle Argumente darlegten, die für die Zerstörung zusammengetragen wurden.

Die Vorgeschichte

Der Angriff der Taliban auf die Buddhas von Bamian war nicht der erste im Namen des Islams. „Doch niemals zuvor hat es einen Versuch gegeben, systematisch die vorislamischen Elemente von Afghanistans Erbe zu zerstören“, schreibt Edward Girardet in der amerikanischen Zeitung *Christian Science Monitor* in der Ausgabe vom 14. März. So waren unter Mahmud von Ghazni (um

1000 n.Chr.), der selbst unter Afghanen als islamischer Eiferer gilt, die Gesichter der Buddhas präziser: Stirn, Augen und Nase, die Lippen waren noch erhalten - als „unislamisch“ abgeschliffen worden, aber ansonsten wurden die Kolosse erhalten und sogar repariert. Edelsteine, die nach einem Bericht des chinesischen Pilgers Hiuan Tsang um das Jahr 632 ursprünglich die Augen Buddhas schmückten, und Goldornamente waren allerdings schon vorher geplündert worden. Vermutlich unter Moghul-Kaiser Aurangzeb beschossen im 18. Jahrhundert Soldaten die Füße der Buddhas mit Kanonen, offenbar um sie zum Einsturz zu bringen - allerdings vergebens. In moderner Zeit beschädigten sowjetische Soldaten und Mujaheddin-Kämpfer die Höhlen des Klosters neben den Buddhas mit Graffiti. Auch Zielübungen mit leichten Waffen wurden wohl abgehalten, erneut ohne schwereren Schaden anzurichten. Schaden nahmen die dortigen Fresken auch durch die Herdfeuer von Flüchtlingsfamilien, die dort Unterschlupf suchten. Schließlich sorgte ein undichter Bewässerungskanal auf dem Felsen oberhalb des größeren Buddhas für Schäden an den Fresken, die die Nische des Buddhas zierte. Mit Schweizer Unterstützung konnte dies 1998 teilweise behoben werden. Es blieb den Taliban, die kurz danach Bamian eroberten, vorbehalten, die Zerstörung zu vollenden. 1997, noch bevor sie in Bamian einrückten, kündigte einer ihrer Kommandanten die Sprengung der Buddhas an, sobald man der Gegend habhaft werde. Als es ein Jahr später im September so weit war, beschossen sie mit einem Panzer, nach anderen Berichten mit Granatwerfern, den kleineren der beiden Buddhas. Er gilt in der Bevölkerung fälschlicherweise als „weiblich“, „man nahm deshalb auch besonders das weibliche 'Geschlecht' aufs Korn“ (Klimberg) und sorgte für ein größeres Loch im Unterleib der Statue. Schon das sorgte damals für einen internationalen Aufschrei. Mulla Omar erließ ein Edikt, die Buddhas zu erhalten, unter Bewachung zu stellen und den Schmuggel archäologischer Funde zu unterbinden. Das Loch wurde zementiert, die Tat einem Einzelgänger zugeschrieben. Doch die Zerstörung ging in kleinen Schritten weiter. Besonders der weibliche Buddha, der unbewacht blieb, wurde aufs Korn genommen. Weitere Teile des schon gesichtslosen Kopfes wurden abgesehnt und dabei auch

wertvolle Fresken in der Nische vernichtet - etwa die Darstellung eines von vier geflügelten Pferden in einem goldenen Triumphwagen gezogenen mutmaßlichen Sonnengottes. Den zahllosen buddhistischen Wandgemälden in den Klosterhöhlen neben den Statuen hatte man bereits vorher die Gesichter zerkratzt. Trotz der Bewachung ließen Taliban benzingetränkte Reifen auf den Kopf des größeren Buddhas herunter und zündeten sie an, was der Statue scheinbar weit übers Land blickende traurig-schwarze Augenhöhlen bescherte. Etwa Mitte vorigen Jahres trat ein Fotoverbot für die Buddhas in Kraft. Foto- und Filmaufnahmen durften seither nach einem offiziellen Dekret der Taliban nur noch mit Zustimmung der Filmbehörde im Informations- und Kulturministerium gemacht werden - was eine Genehmigung praktisch in den Bereich der Utopie rückte. Die Prozeß, der zum Erlaß der Statuen-Fatwa führte, begann wahrscheinlich im vergangenen Sommer. Damals organisierte das Ministerium für Information und Kultur in Kabul ein Seminar mit seinen Provinzvertretern, alles Mullahs, um sie unter anderem zum Erhalt archäologischer Funde zu motivieren. Im Rahmen des Seminars besuchten sie auch das Kabul-Museum, das kurz vor der Wiedereröffnung stand. Doch das Gegenteil trat ein: Entsetzt über die „unislamische“ Darstellung eines unbedeckten menschlichen Körpers, begannen sie, eine Buddha-Figur buchstäblich zu ohrfeigen. Nur mutig hinzuspringende afghanische Museumsmitarbeiter konnten sie vor der Zerstörung retten. Vorerst. Diese Mullahs wandten sich wahrscheinlich mit dem Anliegen an die Kandaharer *Ulema*, über die Islam-Konformität der Ausstellung solch „heidnischer“ Werke zu befinden.

Bildersturm oder Antiquitäten-Schmuggel?

Zwar besteht seit den auch in Europa gesendeten Fernsehbildern kein Zweifel mehr daran, daß die beiden Bamianer Buddhas zerstört wurden. Aber ansonsten, so ist auf den Basaren immer wieder zu hören, sei die Fatwa von Taliban-Anführer Mulla Muhammad Omar nur ein gewaltiges propagandistischer Rauchvorhang, der ein weiteres Verbrechen der Taliban - sei es mit oder ohne Genehmigung Omars - verschleiern soll: den Verkauf jener kostbaren archäologi-

schen Funde, die den blutigen afghanischen Machtkampf in der ersten Hälfte der 90er Jahre überlebt haben. Dazu gehören die etwa 50 bis 60 hinduistischen und buddhistischen Statuen, die vier Jahre Beschuß und Plünderung des Kabuler Nationalmuseums überstanden hatten, wie ein mehrfarbig bemalter Bhodisattva - eine Reinkarnation Buddhas - aus Lehm. SPACH, die bis zur Zerstörung der Buddhas bei der Katalogisierung der Restbestände des Museums geholfen hatte, datiert die 1933 von französischen Archäologen auf einem Hügel mitten in Kabul gefundene Figur auf das 4. Jahrhundert und bezeichnet sie als „unbezahllbar“. Der illegale Handel mit dem afghanischen Kulturerbe begann jedoch schon früher. Westliche Augenzeugen der Jahre 1991/92 berichteten, daß bereits damals hohe Vertreter des pro-sowjetischen Regimes unter Präsident Najibullah wertvolle Einzelstücke aus dem Kabuler Museum verkauft hätten. Ob auf private Rechnung oder zugunsten der Staatskasse und des Überlebens ihres Regimes, ist unklar. Eine Blüte erreichte das illegale Geschäft mit den Kunstschätzen aber erst in den darauffolgenden Jahren. Im Wirrwarr der Machtkämpfe zwischen den verschiedenen Mujaheddin-Parteien wurde das Kabuler Museum in Schutt und Asche gelegt, seine wichtigsten Ausstellungsstücke verpackt und unter dem Vorwand, in Sicherheit gebracht zu werden, geplündert. So verschwanden die kostbaren erotischen Elfenbeinschnitzereien aus Bagram, der Schlangenkönig aus Fondukistan und die fast 3000 Jahre umfassende Münzsammlung. Aus alten Büchern wurden mit Blattgold belegte Miniaturen herausgetrennt. Diese Objekte sowie unzählige Beutestücke aus Raubgrabungen im ganzen Land werden über Pakistan verkauft. Nach einem Bericht der Tageszeitung *The News* vom 30. März diesen Jahres haben die großen Antiquitäten-Dealer ihre Agenten in den wichtigsten afghanischen Provinzen stationiert. Diese werden gut bezahlt: mit einem Zehntel des Verkaufspreises. Etwa 20 Händlerringe in Peshawar, Taxila, Islamabad, Lahore, Karachi und Quetta seien in Pakistan dem lukrativen Geschäft beteiligt. In Peshawar sei der Shinwari Market ein Zentrum des illegalen Antiquitätenhandels. Diese Syndikate „haben direkte Kontakte zu Ausländern, die sich normalerweise nicht über die [Herkunft der - J.H.] Statuen erkundigen“, schreibt „The

News“. Immerhin ist es SPACH mit Hilfe befreundeter Kunsthändler trotzdem gelungen, einige Stücke auf dem Markt aufzukaufen und für bessere Zeiten zu deponieren. Eine ausführliche Reportage in der neuesten Ausgabe des pakistanischen Monatsmagazins „The Herald“ nennt auch Namen von hohen Taliban, die in den Handel verwickelt sein sollen. Genannt werden unter anderen der Kabuler Gouverneur Maulawi Abdul Mannan Niazi, Vizeinnenminister Mulla Khaksar und der Geheimdienstmann Mulla Muhammad Yusuf Mahalli. Der „Herald“ will etwa erfahren haben, daß bereits 1999 einen sieben Fuß hohe Buddha-Statue aus dem Kabuler Museum ins pakistanische Peshawar geschmuggelt worden sei. Eine erst vor kurzem unter Taliban-Kontrolle in Bamian ausgegrabene zwei Meter große, mit Goldschmuck versehene Frauenstatue könnte schon den selben Weg gegangen sein. Das Schmuggelgut trifft im Fernen Osten, am Golf und auch im Westen auf ausreichend skrupellose und betuchte Sammler, die es in ihren Safes untertauchen lassen. Oder sogar ausstellen. Der ehemals an der deutschen Amani-Schule in Kabul lehrende Kulturwissenschaftler Rudolf Mathar beschrieb im „Tagesspiegel“ (20.3.2001) das durch einen Privatmann erbaute „spektakuläre“ Miho-Museum in Kyoto: „Dort trifft der Besucher in der Islamischen Abteilung auf einen Saal erlesener Exponate aus Afghanistan, Kunstwerke in Stein, Keramik, Metall, die entzücken - und erschrecken. Denn man möchte nicht wissen, auf welchen Wegen diese Stücke nach Japan gelangt sind.“ Ob das im Falle des Anfang des Jahres nach fünf Jahren Schließung wieder eröffneten Pariser Musée Guimet, mit der umfangreichsten Afghanistan-Sammlung in Europa, anders ist?

Die Rolle der UNESCO

Die UNESCO hat sich unter ihrem neuen japanischen Chef Koichiro Matsuura im Falle Afghanistans zu einer Abkehr von ihrer sonstigen Politik entschlossen, Kunstschätze in ihren Ursprungsländern zu lassen. „Laßt uns wenigstens dafür kämpfen zu retten, was übrig ist“, ließ sich UNESCO-Spezialist Osmund Bopearachchi zitieren. Jetzt soll in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen dazu ermutigt werden, im Ausland auftauchende afghanische Kunst-

schätze aufzukaufen und - vorübergehend - in so genannten „save havens“ zu deponieren. Die UNESCO-Informationsdirektorin Helene-Marie Gosselin rief am 4. April in Islamabad zu Spenden dafür auf. Als Kooperanten werden neben SPACH die japanische Hirayama-Stiftung und Paul Bucherer-Dietschis Biblioteca Afgantica in Liestal bei Zürich mit ihrem Museums-Ableger in Bubendorf genannt. Allerdings sind solche Lösungen, besonders bei vielen Afghanen, umstritten: Sie befürchten, die Kulturgüter niemals wieder zu sehen. Auch die Rolle der UNESCO in der Buddha-Sache nicht unumstritten. 1983 hatte die damalige pro-sowjetische Regierung Afghanistans den Antrag gestellt, die Buddhas von Bamian in die Liste des Weltkulturerbes aufzunehmen. Dies ist aber nie erfolgt. Die UNESCO beruft sich darauf, daß Kabul auf Nachfragen nicht reagiert habe und die Sache deshalb im Sande verlaufen sei. Einige Beobachter vermuten jedoch politische Motive hinter der schleppenden Bearbeitung. Die Organisation „Kulturerbe ohne Grenzen“ beschuldigt die UNESCO, oft dem Druck mächtiger Staaten nachzugeben. Das sei im Falle Chinas und Tibets so gewesen. Auch Saudi-Arabien, das die Taliban in deren früheren Jahren offen förderte, sei nie kritisiert worden, sagte ihr Generalsekretär und frühere UNESCO-Mitarbeiter Said Zulficar der „Le Monde“ (FZ-Internet-Ausgabe 13.3.2001).

Wo ist das „Gold von Tela-Tepe“?

Ein besonderes Kapitel ist das Schicksal des Goldes von Tela Tepe, des „Goldenen Hügels“. Dort, am Südufer des afghanisch-sowjetischen Grenzflusses Amu-Darja, hatte der sowjetische Professor Viktor Sarianidi im Herbst 1978 den Grabschatz einer Kuschan-Prinzessin entdeckt, bestehend aus 20.000 Einzelstücken im Gesamtgewicht von mehreren Tonnen. Eine archäologische Sensation. Als nach der Machtübernahme eines Linksregimes in Kabul noch im gleichen Jahr bewaffneter Widerstand ausbrach, konnte die Fundstelle mit mehreren noch ungeöffneten Gräbern gerade noch notdürftig gesichert, ein Großteil des schon ausgegrabenen Fundes nach Kabul geschafft und von ihnen Negativabdrücke hergestellt werden. Die Originale wurden in sieben Metalltruhen im Präsidentenpalast sicher gestellt. Das

Gold von Tela Tepe ist nie öffentlich ausgestellt worden. Immerhin erschien mit sowjetischer Hilfe ein prachtvoller Bildband, den die damalige afghanische Regierung gern offiziellen Staatsgästen als Geschenk überreichte. Ende der 80er Jahre sollte der Hort dann doch in Moskau - und danach zur 750-Jahr-Feier Berlins in dessen Ostteil - gezeigt werden. Doch Präsident Najibullah versagte im letzten Moment seine Zustimmung. Er befürchtete wohl, daß in der Sowjetunion heimlich Kopien der Tela-Tepe-Stücke angefertigt und dann den Afghanen untergeschoben werden könnten. Um Gerüchten entgegen zu treten, seine Regierung habe den Goldschatz oder Teile davon heimlich ins Ausland verkauft, organisierte die Najib-Regierung Anfang der 90er Jahre schließlich doch eine Privatvorführung für die letzten in Kabul verbliebenen Diplomaten, darunter auch aus westlichen Staaten. Doch seither sind die Kostbarkeiten verschwunden. Als die Mujahedin 1992 in Kabul einrückten, kamen neue Verkaufsgerüchte auf. Doch anders als Najibullah gewährten sie niemals einen Blick in die Truhen mit dem Goldschatz. Vier Jahre später, nun hatten die Taliban Kabul erobert, unternahm SPACH einen neuen Anlauf in diese Richtung. Mitarbeiterin Karla Grissman, eine langjährige Afghanistan-Kennerin aus den USA, argumentierte gegenüber hohen Taliban damit, sie könnten mit einer schnellen Reaktion der Welt beweisen, daß - falls der Schatz geplündert worden sei - nicht sie dafür verantwortlich seien. Die Taliban lehnten ab. Damit sind Spekulationen Tür und Tor geöffnet. Haben die Taliban zum Schatz von Tela-Tepe ein ähnliches „taktisches“ Verhältnis entwickelt zu den Buddhas, von denen sie später behaupten, sie hätten sie vier Jahre lang nur um der Außenwelt Willen erhalten und, als diese mit den UN-Sanktionen bewiesen habe, daß sie nicht an „normalen Beziehungen“ zu ihnen interessiert sei, sei auch der Grund dafür entfallen? Haben sie das „heidnische“ Gold, darunter „anti-islamische“ Darstellungen von Göttern und lebenden Wesen, eingeschmolzen oder verkauft? Dafür wie für die umlaufenden Gerüchte über den Verkauf der Statuen aus dem Kabul-Museum haben bisher allerdings noch keine Fakten gefunden. Trotzdem tauchen auf pakistani-schen (und afghanischen) Basaren jetzt massiv „echte“ Statuen aus Kabul und selbst angebliche Bruchstücke der beiden

Buddhas aus Bamian auf. Aber dabei dürfte es sich um Werke der schon in normalen Zeiten reichhaltig produzierenden Fälschungsindustrie handeln. Zehn LKW-Ladungen angeblichen Buddha-Schutts sollen Anfang April in Peshawar unterhalb des Khyber-Passes eingetroffen sein, berichtete *The News* am 2. April.

Auch das Andenken soll getilgt werden

In der heruntergekommenen „Brasserie Bamiyan“ im Kabuler Hotel „Inter-Continental“, bis Anfang der 80er Jahre zur gleichnamigen internationalen Kette gehörend, verhüllt ein riesiges Tuch mit einem Farbbild des deutschen Schlosses Neuschwanstein eine der Wände. Diese merkwürdige Anordnung verbirgt die Reste eines Relief, das einst die beiden berühmten Buddhas von Bamian zeigte - eines von Afghanistans wichtigsten Kulturdenkmälern und nicht zuletzt bis in die 70er Jahre hinein ein Anziehungspunkt für Touristen. Nach den Originalen zerschlugen Taliban auch dieses Relief. Das ist nicht der einzige Fall, da die afghanischen Ultraislamisten versuchen, jede sichtbare Erinnerung an die Buddhas von Bamian auszulöschen. Etwa im Außenministerium in Kabul, wo in einem Empfangszimmer für offizielle Besucher und NGO-Vertreter zwar immer noch in einem goldenen Kitschrahmen ein Gemälde mit der berühmten Felswand von Bamian und einem der Buddhas hängt. Doch dessen Gestalt wurde mittlerweile säuberlich ockerfarben übermalt. Auch die Bilder der Buddhas, die die Tickets der einheimischen Fluggesellschaft „Ariana“ zieren, müssen Schalterbeamte neuerdings in Handarbeit mit Kugelschreibern tilgen. Schließlich dürfen auch die privaten Fotoläden, die sich in Kabul gehalten haben, keine Fotos davon mehr verkaufen.

Welche Motive trieben die Taliban?

Über die Motive der Zerstörung kann nur spekuliert werden. Die Taliban selbst beriefen sich zunächst auf das strikte Bilderverbot im Islam, daß die Darstellung jeglicher „Geschöpfe“ Gottes und natürlich Gottes selbst verbietet. Allerdings gibt es in der islamischen - selbst in der Talibanischen - Alltagspraxis Ausnahmen davon: etwa die Duldung von Passbildern, die man selbst heute noch

bei ambulanten Händlern und in Fotogeschäften, die farbenfroh Reklame für Weltmarken machen, auf afghanischen Basaren anfertigen lassen kann. Auch Taliban und Bürger ihres Staatswesens brauchen Reisepässe, Identitätskarten für den Erhalt auswärtiger humanitärer Hilfe oder andere Personaldokumente. Die sonstige Kompromisslosigkeit der Taliban - nicht nur in Sachen Bilderverbot - deutet auf Einflüsse der zur Mitte des 18. Jahrhunderts auf dem Gebiet des heutigen Saudi-Arabien entstandenen, strikten wahhabitischen Schule im Islam. Wahhabitische Einflüsse nahmen ihre (späteren) Führer in den Madrassas der Flüchtlingslager in Pakistan auf, die während oder sowjetischen Besetzung Afghanistans unter anderem mit saudischen Geldern finanziert wurden. Saudisch-wahhabitische Einfluß auf die Taliban läßt sich auch anhand anderer Beispiele ablesen: Ihre Religionspolizei etwa trägt den gleichen Namen wie ihr saudisches Vorbild; wie in Saudi-Arabien dürfen ausländische Hilfsorganisationen keine christlichen Symbole wie das Kreuz mehr auf Briefköpfen und Büroschildern verwenden. Die Taliban begründeten gegenüber der bereits erwähnten OIC-Delegation die Zerstörung auch damit, daß angeblich „einige Touristen, die kommen und diese Statuen besuchen, sie tatsächlich anbeten“. Auch der „Spiegel“ wollte von Touristen erfahren haben, die dort angeblich Gebete verrichtet hätten. Unabhängigen Quellen in Afghanistan ist solch ein Vorfall jedoch völlig unbekannt. Schließlich vermutete Fred Halliday in einem Kommentar für den Dardienst der BBC, daß die zerstörerische Aktion den Taliban „die Unterstützung radikaler muslimischer Kräfte in Pakistan“ gewinnen sollte. Er zieht eine Parallele zu der „Propaganda-Aktion“ radikaler iranischer Studenten, die 1979 die US-Botschaft in Teheran besetzten. Tatsächlich gelten die Taliban - wie Usama bin Laden - unter vielen Pakistani, aber auch im Nahen Osten, inzwischen als die einzigen „wahren“ Moslems, die zudem den USA erfolgreich die Stirn böten. Einen ideologischen Hintergrund für den Bildersturm vermutet etwa Olivier Weber in der „Le Monde“. Er sieht darin eine „mentale Revolution, irgendwie ähnlich der Kulturrevolution Mao Zedongs“ in China, die auf die Schaffung eines „neuen Menschen“ in Afghanistan gerichtet sei. Den Vergleich zu Maos China zieht auch der Kulturgeschichtler

“Based on consulting of religious leader of the IEA, the Religious Ulama's judgments and Supreme Court of the IEA, all the statues located in different part of the country must be broken. Because these statues have remained as a shrine of infidels and they are worshipping these statues and still the statues are being respected and probably it will be changed for shrines again, while God Almighty is the real shrine and all the false shrines should be smashed. Therefore, the authority of the IEA has given duty to ministries of promotion of virtue and prevention of vice and Information and Culture to destroy all the statues in order to implement the judgements of Ulema and Supreme Court. All the statues must be annihilated so that no one worships or respects it in the future.”

Quelle: Übersetzung aus „Hewad“
(Taliban-Zeitung), 3.12.1421 (28.2.2001)

Souren Melikian in der *International Herald Tribune* (7.3.2001). Professor Lolita Nehru vom National Museum Institute in Neu-Delhi sieht in dem zerstörerischen Akt hingegen einen Schlag gegen die Geschichte Afghanistans als einem Ort der „Intermixtur von Kulturen, die neuen Ideen und Formen zur Geburt verhalf und wiederum nach außen weitergab“ (The Hindu, 16.3.2001). Doch nicht nur viele Afghanen stellen den religiösen bzw. ideologischen Hintergrund des Bildersturms in Abrede und vermuten politische Motive dahinter. Sie fragen sich, warum den Taliban die „Islam-Feindlichkeit“ der Buddha- und anderen Statuen erst viereinhalb Jahre nach ihrer Machtergreifung aufgefallen ist. Noch 1999 hatte Mulla Omar offiziell erklären lassen: „Es gibt keine Buddhisten mehr in Afghanistan, die die Buddha-Darstellungen anbeten könnten. Vom Anfang des Islam bis heute wurden diese Darstellungen nicht zerstört. Die Regierung betrachtet sie mit dem größten Respekt, und sie genießen den selben Schutz wie früher.“ In offiziellen Gesprächen mit ausländischen Politikern sowie in ihren Verlautbarungen in den Medien gaben die Taliban auch Hinweise auf eine zweite (oder die eigentliche?) Motivationsebene: die Frustration über die ihrer Ansicht nach feindliche Reaktion der internationalen Staatengemeinschaft auf ihre Politik. Bis zum Herbst 2000 strebten die Taliban mit einigem Aufwand nach internationaler Anerkennung. Beflügelt von militärischen Erfolgen, forderten ihre Medien immer wieder die Anerkennung des Emirats als legitime Regierung Afghanistan durch die UNO, die Organisation Islamische Konferenz (OIC) und andere Institutionen. Die von der UNO weiterhin anerkannte Regierung unter Präsident Burhanuddin Rabbani und dem starken Mann, Kommandant Ahmad Schah Massoud, wurde mit nach oben „korrigierten“

Zahlen - sie kontrollierten höchstens fünf Prozent Afghanistans - als „Fantasie-Regierung“ ohne Land oder gar als „airborne government“ (etwa: herumjetzende Regierung) verspottet. Auch das durch Mulla Omar im Herbst 2000 dekretierte vollständige Verbot des Opium-Anbaus und das Abkommen mit der Afghanistan-Sondermission der UN (UNSM) über einen zu beginnenden Dialogprozeß mit der gegnerischen Vereinigten Islamischen Front zur Rettung Afghanistans unter Rabbani und Massoud im November sollten Zeichen an die internationale Öffentlichkeit senden, daß die Taliban durchaus bereit und in der Lage sind, auf deren Forderungen zu reagieren. Kleinere diplomatische Erfolge, wie der offizielle Empfang von Taliban-Vizeaußenminister Maulawi Abdurahman Zahed im sonst als Massoud-freundlich betrachteten französischen Außenministerium im vergangenen September trugen dazu bei und wurden von den erfolgssuchenden Taliban ebenfalls überinterpretiert. Taliban-Zeitungen bewerteten das vorschnell als Pariser „Kurswechsel“. Um so größer dann die Erbitterung, als die Anerkennung nicht nur ausblieb, sondern der UN-Sicherheitsrat im Januar auf Betreiben der USA und Rußland auch noch die bereits seit Ende 1999 bestehenden einseitigen Sanktionen gegen die Taliban verschärfte. Sie hatten nicht verstanden, daß ihr Asyl für den Islamisten-Chef Usama bin Laden (gegenüber den USA), die „islamisch-solidarisch“ gemeinte symbolische diplomatische Anerkennung Tschechiens (gegenüber Rußland) sowie ihre erneute militärische Sommeroffensive und neue Massaker an Zivilisten und Gefangenen in den Augen der Welt schwerer wogen. Die Sanktionen „signalisierten das Ende jeglicher Hoffnung, die die Taliban auf eine Normalisierung ihrer Beziehungen mit der Außenwelt hegen konnten“, schrieb der „Econo-

mist“ (8.3.2001). Die Taliban schwenkten auf einen Hardliner-Kurs, auf dem sie meinen, nun keinerlei Rücksichten mehr nehmen zu müssen. Von hohen Taliban war zu hören: Die internationale Öffentlichkeit habe gezeigt, daß sie nicht an „normalen Beziehungen“ mit ihnen interessiert sei. Und da man die Buddhas nur deshalb bisher geschont habe, müsse man das nun nicht mehr tun. „Die Taliban enthüllen nur, wie schwer sie dadurch verletzt wurden“ resümiert der „Economist“ weiter. Und wie wenig die Welt gegen sie tun kann, möchte man hinzu fügen. Zudem kolportieren vor allem Taliban-freundliche pakistanische Kommentatoren wie Nasim Zehra immer wieder, Mulla Omar sei äußerst erbost darüber gewesen, daß zahlreiche Länder auf die „Statuen-Fatwa“ sofort mit finanziellen Angeboten zur Rettung der Buddhas reagiert, aber die von Dürre, Hunger und massenhafter Flucht gekennzeichnete humanitäre Situation in Afghanistan „ignoriert“ habe. „Wenn Ihre Kinder vor Ihnen sterben, dann kümmern Sie sich nicht um Kunst“, sagte der Taliban-Gesandte Rahmatullah Hashemi Ende März in New York. „Wenn Ihr unsere Zukunft mit Wirtschaftssanktionen zerstört, könnt Ihr Euch nicht um unser Erbe kümmern.“ Dieses Argument geht insofern fehl, da gerade die Taliban selbst sehr wenig gegen die Folgen dieser Misere tun und die Versorgung der Bevölkerung sowie infrastrukturelle Maßnahmen wie selbstverständlich den UN-Hilfswerken sowie Nichtregierungsorganisationen überlassen. Allerdings gibt auch Nasim Zehra zu, daß die „Taliban-Aktion gegen die Buddhas (.) keine Beziehung zu irgendeiner islamischen Lehre (hat)“.